

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Migrationsmanagement

Für beschleunigte Rückführungen und stärkeren Grenzschutz

>> 3

Hohe See

Schlüsselrolle der EU bei neuem UN-Meeresschutz-Programm

>> 4

Strommarkt

Kommission schlägt Maßnahmen für stabile Preise vor

>> 5



Für den Ausbau der Elektromobilität werden zunehmend Lithium-Batterien benötigt.

© Shutterstock

■ FESTIVAL

Europäisches Jahr der Kompetenzen startet am 9. Mai

Mit einem Festival am Europatag, dem 9. Mai, startet das *Europäische Jahr der Kompetenzen*. Einer entsprechenden Initiative von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stimmten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament zu. Damit rücken Aus- und Weiterbildung in den besonderen europäischen Fokus. Durch den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft könnten bis 2030 rund eine Million neue Arbeitsplätze entstehen. Doch fehlen Unternehmen oft geschulte Fachkräfte. Das Europäische Jahr der Kompetenzen soll diese Qualifikationslücke schließen, etwa durch die Förderung von Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen. Das Europäische Jahr der Kompetenzen läuft bis Mai 2024.

Europäisches Jahr 2023

■ GESETZESINITIATIVE

Strategie zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen

Kritische Rohstoffe wie Lithium, Kobalt oder Neodym sind entscheidend für die Entwicklung grüner Technologien wie etwa Windturbinen. Die EU-Kommission will die Versorgung mit diesen Schlüssel-Elementen für den Klima-Übergang sicherstellen und hat dazu ein Gesetz für kritische Rohstoffe vorgelegt. Bis 2030 sollen so 10 Prozent dieser entscheidenden Metalle in der EU gefördert werden, weitere 15 Prozent sollen durch Recycling hinzukommen. Die Rohstoffstrategie ist damit auch entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, sagte: „Kritische Rohstoffe sind entscheidend für unsere Wettbewerbsfähigkeit, die sich auf unser Ziel konzentriert: in den grünen Industrien der Zukunft führend zu sein.“

Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt, ergänzte, mit der Gesetzes-Initiative verstärke die EU ihr Engagement in den Bereichen Gewinnung, Raffination, Recycling und Diversifizierung, um einen sicheren und nachhaltigen Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern.

„WICHTIGER ALS ÖL UND GAS“

Die EU-Kommission listet in ihrem *Bericht über kritische Rohstoffe* dreißig Schlüssel-Elemente auf, die wichtig sind für den Klima-Übergang von

A wie Antimon bis S wie Strontium. So ist Lithium entscheidend für die Batterien zur Elektromobilität. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte bereits im vergangenen September in ihrer *Rede zur Lage der Union* eine Gesetzesinitiative zu kritischen Rohstoffen angekündigt und erklärt: „Lithium und seltene Erden werden bald wichtiger sein als Öl und Gas.“

Der Bedarf an Lithium in der EU wird deutlich steigen. Doch werden bislang rund 45 Prozent des Metalls in China hergestellt, 32 Prozent in Chile und 20 Prozent in Argentinien. Nur 1 Prozent des Lithiums stammt derzeit aus der EU. Die EU-Kommission setzt deshalb verstärkt auf strategische Autonomie und Veredlung wichtiger Metalle wie Lithium in Europa.

>>

“
Der Zugang zu Rohstoffen ist entscheidend für den Erfolg unserer Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft.
 Ursula von der Leyen,
 EU-Kommissionspräsidentin

EU-Kommission baut auf grüne Technologien aus Europa

Die EU-Kommission setzt beim Klima-Übergang auf saubere Technologien, die in Europa gefertigt werden. Eine entsprechende Initiative sieht unter anderem vor:

Made in EU:

Bislang müssen wichtige Komponenten für den Klima-Übergang wie Solarzellen oder Batterien für Elektroautos importiert werden. Die EU-Kommission setzt mit dem Netto-Null-Industriegesetz auf strategische Autonomie: Bis 2030 sollen im Schnitt 40 Prozent der grünen Schlüsseltechnologien aus Europa kommen. Zudem soll die Genehmigung für strategische grüne Investitionsvorhaben beschleunigt werden.

Wasserstoff-Bank:

Die EU strebt an, bis Ende des Jahrzehnts 10 Millionen Tonnen Wasserstoff in Europa zu produzieren und weitere 10 Millionen Tonnen des Energieträgers zu importieren. Über eine Wasserstoff-Bank sollen in der EU und in Drittstaaten Investitionen in Elektrolyseure zur Wasserstoffherstellung gefördert werden.

>> MEHR RECYCLING, MEHR VERARBEITUNG

Der Vorschlag der Kommission sieht unter anderem vor:

Mehr Rohstoffsicherheit: In der EU wird sich bis Ende des Jahrzehnts allein der Bedarf an Seltenen Erden verfünffachen. Zu den Metallen gehören Elemente wie Cer und Neodym, die wichtig sind für die Fertigstellung von Leuchtdioden oder Windturbinen. Doch bislang werden die Metalle ebenso wie andere wichtigen Elemente für den Klima-Übergang wie Lithium und Kobalt größtenteils importiert. Die EU-Kommission will das ändern. Bis 2030 sollen 10 Prozent der kritischen Rohstoffe in Europa gefördert werden, weitere 15 Prozent sollen über Recycling und Kreislaufwirtschaft wiedergewonnen werden.

Made in EU: Bereits jetzt zählen die EU-Mitgliedstaaten Finnland und Belgien zu den wichtigsten Veredlern von Kobalt, einem weiteren Schlüssel-Element für Batterien für die E-Mobilität. Die EU-Kommission will die europäischen Produktionsfähigkeiten auch bei anderen kritischen Rohstoffe ausbauen. Bis Ende des Jahrzehnts sollen 40 Prozent der kritischen Rohstoffe in der EU zu Metall und weiteren Endprodukten für die Industrie verarbeitet werden.

Rohstoff-Club: Die EU-Kommission dringt zudem auf eine Diversifizierung der Lieferländer. Künftig sollen nicht mehr als 65 Prozent eines Schlüssel-Elements aus einem Importland

stammen. Mit Partnerstaaten strebt die EU-Kommission zudem Abkommen an, kritische Rohstoffe gemeinsam zu beschaffen.

ROHSTOFFPARTNERSCHAFT MIT DEN USA

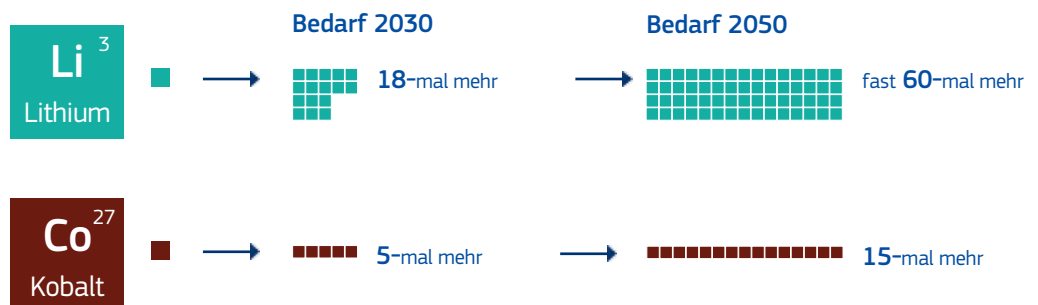
Dabei setzt die Kommission beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft auch auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA. So beriet von der Leyen bei einem Besuch in Washington mit US-Präsident Joe Biden unter anderem über eine Rohstoffpartnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Die Präsidentin sagte nach dem Treffen im Weißen Haus: „Heute haben wir eine Zusammenarbeit in Bezug auf kritische Rohstoffe vereinbart, die in der Europäischen Union beschafft oder verarbeitet werden. Wir wollen ihnen denselben Zugang zum amerikanischen Markt verschaffen, als wenn sie auf dem amerikanischen Markt beschafft würden.“ Die Kommission hatte bereits zuvor erreicht, dass Elektrofahrzeuge aus europäischer Produktion in den USA die Steuervorteile des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflation – Inflation Reduction Act (IRA) – erhalten. Von der Leyen betonte: „Wir sollten darauf hinarbeiten, dass unsere jeweiligen Anreizprogramme fair sind und sich gegenseitig stärken.“

Mit Kanada hatte die EU-Kommission bereits im vergangenen Jahr eine Partnerschaft über kritische Rohstoffe besiegelt. Bei einem Treffen mit dem kanadischen Regierungschef Justin Trudeau vereinbarte von der Leyen, die Zusammenarbeit bei grünen Technologien weiter zu vertiefen. Die Präsidentin erklärte, „jetzt ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Lassen Sie uns die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen uns und unseren Unternehmen ausbauen.“ (pr) ■

Rohstoffsicherheit

Wachsender Rohstoffbedarf für Speicherbatterien

Die steigende Nachfrage nach Elektroautos in der EU hat einen Anstieg des Rohstoffbedarfs für Speicherbatterien zur Folge, zum Beispiel für:



Quelle: Europäisches Parlament, 2021

■ MIGRATIONSMANAGEMENT

Für beschleunigte Rückführungen und verstärkten Grenzschutz

Nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat wurden von 340.515 Rückkehr-Entscheidungen im vergangenen Jahr nur rund ein Fünftel umgesetzt. Deshalb setzt die EU-Kommission auf ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten, um die Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht zu beschleunigen.

Dazu empfiehlt die Kommission unter anderem, Rückkehr-Entscheidungen gegenseitig anzuerkennen und mehr Anreize für die freiwillige Rückkehr zu schaffen. Zudem hat die Kommission ihre erste mehrjährige Strategie für ein integriertes europäisches Grenzmanagement vorgelegt. Sie soll den nationalen Grenzbehörden und Frontex als Leitfaden für ihre tägliche Arbeit dienen und setzt unter anderem auf den Einsatz von mehr Technik wie IT, Drohnen und Kameras beim Grenzmanagement.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte: „Der Einsatz behördenübergreifender und technologischer Instrumente ermöglicht es uns, unsere gemeinsamen Außengrenzen besser zu verwalten und

Rückführungsentscheidungen gezielter weiterzuvorforschen und zu beschleunigen.“ Die Mitteilung über ein angepasstes EU-Grenzmanagement war im vergangenen Jahr vereinbart worden. Die EU-Grenzagentur Frontex hat nun sechs Monate Zeit, um die Vorschläge aufzugreifen. Die Mitgliedstaaten der EU müssen ihre nationalen Strategien innerhalb eines Jahres anpassen.

Migration



© Frontex

■ JUSTIZ

EU unterstützt neues Zentrum zur Verfolgung von Kriegsverbrechen

Die EU-Kommission hat die Einrichtung eines neuen Internationalen Zentrums für die Verfolgung von Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine begrüßt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Russland muss für die schrecklichen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Putin muss zur Rechenschaft gezogen werden. Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um die Täter vor Gericht zu bringen.“ Der Aufbau des neuen Zentrums wurde Anfang März am Rande der Konferenz „United for Justice“ im ukrainischen Lwiw vereinbart. Das

Zentrum wird Beweismaterial für Kriegsverbrechen sichern und entsprechende Anklagen vorbereiten. Es wird dabei von Eurojust unterstützt, der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen. Eine entsprechende Verfolgung der Kriegsverbrechen auf Initiative der Kommission hatten auf ihrem Treffen im Februar auch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten befürwortet.

Kriegsverbrechen

■ WELTRAUM-STRATEGIE

Kommission richtet Blick auf Sicherheit im All

Die EU-Kommission und der Hohebeauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben eine gemeinsame Sicherheitsstrategie für den Weltraum vorgelegt. Der Weltraum ist ein Schlüsselfaktor für die Sicherheit und Verteidigung. Ziel der Strategie ist, den freien Zugang der EU langfristig zu sichern, ihre Weltraumressourcen zu schützen, ihre Interessen zu verteidigen und vor feindseligen Aktivitäten im Weltraum abzuschrecken. Zu den Vorschlägen gehört die Sicherung eines langfristig freien Zugangs der EU zum Weltraum. Der

Mechanismus zum Schutz vor Weltraumbedrohungen, der bislang allein auf das europäische System Galileo konzentriert ist, soll auch auf andere europäische Satellitensysteme ausgeweitet werden. Zudem wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Weltraumpolitik zu vertiefen und die strategische Abhängigkeit in den Bereichen Raumfahrt und Verteidigung zu verringern.

Sicherheitspolitik

■ AUSSENPOLITIK

EU verhängt erstmals Sanktionen wegen Gewalt gegen Frauen

Erstmals haben die EU-Mitgliedstaaten Sanktionen wegen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt verabschiedet. Die Maßnahmen richten sich unter anderem gegen Vertreter des Taliban-Regimes in Afghanistan, die Führung eines Frauengefängnisses im Iran sowie gegen hochrangige russische Militär- und Polizeiangehörige, die Frauenproteste unterdrückt und sexuelle Gewalt gegen Demonstrantinnen ausgeübt haben. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte, „wir

lassen den Worten Taten folgen und bekämpfen jede Art von Gewalt gegen Frauen.“ In einer gemeinsamen Erklärung von Borrell und der Kommission heißt es: „Die Gleichstellung der Geschlechter wird erst verwirklicht, wenn wir uns alle dafür einsetzen, dieses Ziel zu erreichen und zu verteidigen, in der EU und auf der ganzen Welt.“

Sanktionen

Schlüsselrolle der EU bei UN-Abkommen – ein Drittel der Hohen See wird geschützt

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius hat den erfolgreichen Abschluss des UN-Abkommens zum Schutz der Weltmeere als „historischen Moment für unsere Ozeane“ gewürdigt. Zugleich betonte er den Beitrag der EU beim Zustandekommen des Vertrags.



„Der heutige Tag bildet den krönenden Abschluss der mehr als ein Jahrzehnt andauernden Vorbereitungsarbeiten und internationalen Verhandlungen, bei denen die EU eine Schlüsselrolle gespielt hat“, erklärte der Kommissar. Zwei Drittel der Weltmeere liegen außerhalb nationaler Hoheitsgebiete, damit war die die Hohe See bislang weitgehend rechtsfreier Raum. Das wird der neue Vertrag ändern.

Nach mehr als zehn Jahren Verhandlungen hatten sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf eine Übereinkunft zum Schutz der Ozeane verständigt: das Abkommen über Biologische Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt – Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ). Das Ziel: Bis 2030 mindestens 30 Prozent der Hohen See als Schutzgebiete auszuweisen. Für einen entsprechenden Beschluss reicht künftig eine Drei-Viertel-Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten, die Blockade einzelner Länder kann dadurch überstimmt werden. Damit der Vertrag in Kraft tritt, muss er von mindestens 60 UN-Staaten und ihren Parlamenten angenommen werden.

HISTORISCHER BLUE DEAL

Das neue Abkommen setzt erstmals auch verbindliche Regeln für den Naturschutz. So müssen dort künftig die Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeiten auf die biologische Vielfalt der Meere untersucht werden. Die Unterzeichnerstaaten kamen zudem darin überein, auch das Seerecht zur Nutzung von Rohstoffen auf dem Meeresboden neu zu regeln. Einkommensschwache Länder werden finanziell unterstützt, wenn sie sich an der Umsetzung des neuen Vertrages beteiligen. Die EU hat bereits 40 Millionen Euro für das Programm zum Schutz der Weltmeere zugesagt. Sinkevičius sprach von einem historischen Blue Deal.

Aktualisierte Strategie zur maritimen Sicherheit

Die EU will die friedliche Nutzung der Meere sicherstellen. So setzt die erweiterte EU-Strategie für maritime Sicherheit auf regelmäßige Übungen zum Schutz der europäischen Seehäfen und Meeres-Infrastruktur. Zudem soll die europäische Marinepräsenz in wichtigen Gewässern ausgeweitet und unter den Mitgliedstaaten der EU und mit Partnern wie der Nato besser koordiniert werden.

Die EU verabschiedete 2014 den ersten Aktionsplan zur maritimen Sicherheit der Meere. Dieser wurde 2018 aktualisiert und jetzt ergänzt.

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wollen bis 2030 mindestens 30 Prozent der Weltmeere als Schutzgebiete ausweisen.

© Shutterstock

Die EU setzt sich seit langem für einen besseren Schutz der Weltmeere ein. So hatten die EU-Kommission und Mitgliedstaaten im Vorjahr auf dem Gipfeltreffen „One Ocean“ im französischen Brest ein Bündnis mit 52 Partnerländern geschlossen, um einen UN-Vertrag zum Schutz der Weltmeere voranzutreiben. Sinkevičius betonte die Zusammenarbeit der EU mit anderen Partnern und erklärte nach der Einigung über das UN-Vertragswerk, „damit stellen wir auch unter Beweis, dass wir mit unseren multilateralen Partnern eng zusammenarbeiten.“

MEHR MITTEL FÜR FORSCHUNG UND MEERESSCHUTZ

Parallel zu den UN-Verhandlungen in New York sagte die EU auf der Geber-Konferenz „Unser Ozean“ in Panama 816,5 Millionen Euro zum Meeresschutz zu. Davon fließen etwa 320 Millionen Euro in die Forschung zum Schutz der biologischen Vielfalt der Meere und zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Ozeane. Rund 250 Millionen Euro stellt die EU für das Satellitensystem Sentinel-1C bereit, das von der zweiten Jahreshälfte an das Schmelzverhalten und den Drift der Eisberge in der Arktis überwachen soll. Rund 12 Millionen Euro werden mobil gemacht, um Ländern in Lateinamerika und in der Karibik über ein regionales Copernicus-Zentrum für die Region den Zugang zu Umweltdaten des EU-Satellitensystems Copernicus zu erleichtern.

Sinkevičius bekräftigte: „Die EU ist und bleibt eine treibende Kraft, wenn es darum geht, die Nachhaltigkeit der Meere zu gewährleisten.“ Die EU-Kommission hatte erst im Februar einen Aktionsplan zum Schutz und zur Wiederherstellung von Meeresökosystemen in Europa vorgelegt. Unter anderem wird den Mitgliedstaaten empfohlen, in Meeresschutzgebieten den Fischfang mit Grundschleppnetzen einzustellen. (pr)

Schutz der Weltmeere

■ STABILE ENERGIEKOSTEN

EU-Kommission will mit Reform des Strommarkts für günstigere Strompreise sorgen

Die EU-Kommission will Haushalte und Unternehmen in Europa vor Preisausschlägen auf dem Elektrizitätsmarkt schützen. Die Vorschläge zur [Reform des Strommarkts](#) sehen unter anderem eine Stärkung der Verbraucherrechte vor.

So sollen private Haushalte künftig Verträge mit mehreren Stromanbietern abschließen können, um von Preisvorteilen zu profitieren. Um neue Investitionen in erneuerbare Energien wie Windkraft und Solarstrom zu fördern, können Energieerzeuger zudem mit dem Staat einen festen Abnahmepreis für klimafreundlich produzierten Strom vereinbaren. Energiekommissarin Kadri Simson erläuterte: „Mit unseren heutigen Maßnahmen wollen wir EU-weit für stabile und berechenbare Energiekosten sorgen.“

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hatten im vergangenen Jahr neben den Gaspreisen auch die Stromkosten angezogen, unter anderem, weil in Spitzenzeiten Strom über Gaskraftwerke

erzeugt wird. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte daher im vergangenen September in ihrer [Rede zur Lage der Union](#) eine Reform des Strommarkts angekündigt. Simson erläuterte: „Die derzeitige Ordnung hat jahrzehntelang einen effizienten und gut integrierten Markt garantiert. Nun aber sorgen weltweite Verknappung und die russische Manipulation unserer Energiemärkte für astronomische Stromrechnungen.“

„Nur wenn wir Investitionen in erneuerbare Energien fördern, können wir die Ziele des Grünen Deals erreichen.“

Kadri Simson, EU-Energiekommissarin

tegrierten Markt garantiert. Nun aber sorgen weltweite Verknappung und die russische Manipulation unserer Energiemärkte für astronomische Stromrechnungen.“

MEHR VERBRAUCHERSCHUTZ, MEHR WETTBEWERB

Der Vorstoß sieht unter anderem vor:

▶ **Höhere Planungssicherheit:** Die EU-Kommission setzt auf den Ausbau klimafreundlicher Energien wie Wind- und Solarstrom. Um Energieunternehmen eine langfristige Sicherheit für ihre Investitionen in neue Wind- oder Solarparks zu bieten, soll es so genannte Differenzverträge geben, in der Fachsprache Contracts for Difference (CfD) genannt. Dabei garantiert der Staat Stromerzeugern einen festen Abnahmepreis für klimafreundlich hergestellten Strom. Wird der Garantiepriess unterschritten, erstattet der Mitgliedstaat dem Stromerzeuger die entsprechende Differenz. Steigen die Stromkosten über die Differenzsumme, fließen die zusätzlichen Einnahmen an den Staat. Der kann die Mehreinnahmen an Haushalte und Unternehmen weiterreichen und diese dadurch bei den Stromkosten entlasten.



Der europäische Strommarkt soll vor Preisausschlägen geschützt werden.

© Shutterstock

▶ **Günstigere Stromverträge:** Um Haushalte und Unternehmen vor kurzfristigen Preisschwankungen auf dem Strommarkt zu schützen, baut die EU-Kommission auf langfristige Stromverträge. Fachleute sprechen von Power Purchase Agreement (PPA). Das bezeichnet langfristige Abschlüsse mit Festpreisen über fünf bis zwanzig Jahre, um für stabile und krisensichere Stromkosten für Unternehmen und Industrie zu sorgen. Bislang setzten vor allem Unternehmen auf diese Möglichkeit. Für etwaige Ausfälle sollen die Mitgliedstaaten bürgen. „Das wird die Preise stabilisieren“, sagte Simson bei einer [Pressekonferenz](#) in Straßburg.

▶ **Mehr Verbraucherrechte:** Die EU-Kommission setzt auf mehr Verbraucherschutz und mehr Wettbewerb. So sollen künftig auch private Haushalte in den Genuss von Verträgen mit längeren Laufzeiten zu Festpreisen kommen. Zudem können private Haushalte künftig auch Verträge mit mehreren Stromanbietern abschließen und damit neben etwa vereinbarten Fixpreisen für ihren Strom auch günstigere Angebote nutzen, zum Beispiel zum Aufladen von Elektroautos über Nacht. Auch die Regeln für die gemeinsame Nutzung erneuerbarer Energien sollen neugefasst werden. Mieter können beispielsweise ihren restlichen Solarstrom vom Dach mit Nachbarn teilen.

POSITIVE ZWISCHENBILANZ ZU REPOWEREU

Bereits seit verganginem Jahr greift in der EU eine [Deckelung des Strompreises](#) auf 180 Euro je Megawattstunde. Erlöse der Energiefirmen, die darüber hinausgehen, können abgeschöpft werden. Mitgliedstaaten können die zusätzlichen Milliardeneinnahmen nutzen, um private Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Unmittelbar nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine hatte die EU-Kommission im März vergangenen Jahres das Programm REPowerEU aufgelegt, das einen Abbau russischer Gasimporte und einen Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht. „Im vergangenen Jahr haben wir mehr Strom aus Wind- und Solarenergie erzeugt als aus Gas. 2022 war ein Rekordjahr für Solarenergie in der EU, es wurden neue Kapazitäten von 41 Gigawatt installiert, zog Simson Anfang März eine positive [Zwischenbilanz](#) von REPowerEU. (pr)

[Reform des Strommarktes](#)

Die EU-Kommission setzt auf Kreislaufwirtschaft – auch auf dem Bau

Ein Kreis kann eine Richtung sein. Andrea Klinge weiß das. Die Professorin für zirkuläres Bauen vom Berliner Büro ZRS Architekten Ingenieure befasst sich mit kreislaufgerechtem Bauen und erklärt die Idee so: „Es geht nicht allein darum, ein Gebäude aus Bau- und Abbruchabfällen zu errichten, sondern auch darum, Bauteile so zusammenzufügen, dass sie später leicht getrennt und wiederverwendet werden können. Gerade auf dem Bau.“



Kreislaufwirtschaft heißt die Idee, im Abfall nicht nur Müll, sondern einen wertvollen Rohstoff für Neues zu sehen und die Materialien wiederzuverwenden. Die EU-Kommission stellte 2020 einen [Aktionsplan Kreislaufwirtschaft](#) vor. Ein Schwerpunkt: der Bau. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, betont: „Unsere Wirtschaft ist heute noch überwiegend linear gestaltet und nur 12 Prozent der Sekundärstoffe und -ressourcen gelangen wieder in die Wirtschaft zurück.“

VON DER IDEE ZUR PRAXIS

Klinge und ihr Team haben gezeigt, wie das auf dem Bau in der Praxis gelingen kann. Im Rahmen des von der [EU geförderten Projekts RE4](#) ging es darum, neue Gebäude aus alten Materialien zu bauen und Technologien für energieeffizienten Neubau und Sanierung zu entwickeln. So wurde ein Design für ein kreislauforientiertes, energieeffizientes mehrgeschossiges Gebäude entwickelt, das aus wiederverwendeten Bauteilen oder recycelten Materialien errichtet werden kann. Die Idee wurde in einem Pilotprojekt umgesetzt. Dort stammten zum Beispiel ein Fassadenelement und eine Innenwand aus Altholz. Klinge sagt: „Wir haben zwischen 65 und 95 Prozent recyceltes Material verwendet.“ Zum Beispiel wurde Beton zu 100 Prozent zurückgewonnen. Das schont Ressourcen. Aus alten Ziegeln lässt sich neuer Mörtel herstellen. Auch alte Balken fanden wieder Verwendung. Sie stammten vom Dachausbau von Berliner Grün-derzeit-Bauten und waren eigentlich als Brennholz vorgesehen.

Allein in Deutschland stammen rund 55 Prozent des Abfalls auf Deponien aus dem Bausektor. So heißt es in der Architektur künftig: In Kreisläufen denken. Statt Abbrechen und Wegwerfen geht es um koordinierten Rückbau und Wiederverwendung. Klinge erläutert: „Recycling bedeutet leider oft noch Downcycling. Das heißt: Wir setzen die Rezyklate im Erd- und Tiefbau wieder ein, also einer niederwertigen Anwendung. Das Ziel ist aber die direkte Wiederverwendung oder ein Recycling auf gleicher

Stufe, sprich: Ein Träger wird wieder zu einem Träger.“ Zweiter Punkt ist die Planung. Klinge sagt: „Unser Ziel muss es sein, Gebäude und Bauteile so zu konstruieren, dass wir die darin verbauten Ressourcen sortenrein rückbauen können. Trenn- und rückbaubar entwerfen heißt außerdem reversible Verbindungen andenken“, so die Architektin. Im Fall von Holz bedeutet das etwa: Stecken statt Verleimen.

In Berlin haben Klinge und ihr Team von ZRS Architekten Ingenieure gezeigt, wie sich die Erkenntnisse aus dem EU-Projekt in der Praxis umsetzen lassen. Im Berliner Tierpark nutzten sie bei der Sanierung eines Verwaltungsgebäudes die alte Skelettstruktur des Hauses und ergänzten es mit Holztafelbau-Elementen. Die EU-Kommission startete mittlerweile eine neue Initiative, um Design und Nachhaltigkeit zu verbinden: das [Neue Europäische Bauhaus](#) (siehe auch Infobox). Sie zielt darauf ab, den Wandel in verschiedenen Wirtschaftszweigen wie Baugewerbe und Textilindustrie zu fördern, um den Übergang zu kreislauforientierten und weniger klimaintensiven Verfahren zu ermöglichen. Andrea Klinge begrüßt diese europäischen Initiative für mehr Nachhaltigkeit auf dem Bau. „Großartig“, sagt sie und ergänzt: „Im Bausektor wird immer noch zu sehr investiv gedacht. Das ist nicht immer gut. Schon gar nicht fürs Klima.“ Klings Fazit für künftige Anforderungen ans reversible Bauen lautet: „Wir müssen Projekte ganzheitlich bewerten und den ökologischen Fußabdruck und Lebenszykluskosten in Betracht ziehen, sonst treffen wir die falschen Entscheidungen und verschieben die Probleme auf künftige Generationen.“ (pr)

Designoffensive

Neues Europäisches Bauhaus

Die EU-Kommission startete 2020 das Neue Europäische Bauhaus (NEB). Das Ziel: Den Europäischen Grünen Deal, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht, um eine ästhetische Dimension zu ergänzen.

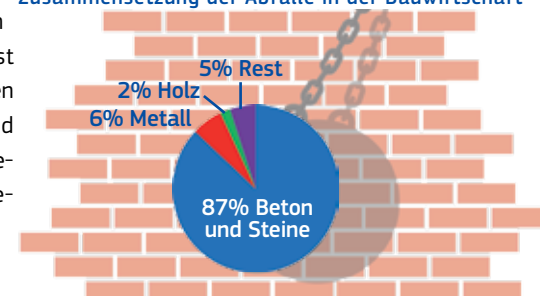
Inspiriert durch die Bauhaus-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts soll Europa einen neuen gestalterischen Aufbruch wagen: von klimafreundlicher Architektur über nachhaltiges Design bis hin zum Aufbau einer Kreislaufwirtschaft.

Projekte in Deutschland sind unter anderem das [Recyclinghaus Hannover](#), ein Demo-Bau zum kreislauforientierten Bauen und der [BUGA Holzpavillon](#) in Heilbronn.

Wiederverwendbare Abfälle aus alten Häusern und Bauwerken.

© Shutterstock

Zusammensetzung der Abfälle in der Bauwirtschaft



Quelle: EU-Kommission, 2020

Europa in Zahlen

75

Prozent der Internetnutzerinnen und -nutzer in der EU kauften im vergangenen Jahr online ein. Damit stieg der Anteil der Online-Käufer in Europa zwischen 2012 und 2022 um 20 Prozentpunkte. Das geht aus Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervor. Den größten Anteil an Internet-Nutzern in der EU, die im Netz bestellen, wiesen 2022 die Niederlande auf (92 Prozent), gefolgt von Dänemark (90 Prozent) und Irland (89 Prozent).

Den niedrigsten Anteil an Online-Käufern hat Bulgarien (49 Prozent). Deutschland liegt mit einer Quote von gut 82 Prozent der Internetnutzerinnen und -nutzern, die im Netz kaufen, europaweit im Mittelfeld.

[Online-Handel](#)

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.03.2023 18.00–20.00 Uhr	„Brexit und die Folgen. Haben sich die Prognosen bewahrheitet?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Cuxhaven	havenhostel Kapitän-Alexander-Straße 16 27472 Cuxhaven	www.europatermine.de/europa-termine/termin/28808
> 21.03.2023 17.00–18.30 Uhr	„Inflation Reduction Act und Green Deal Industrial Plan – EU und USA zwischen Klimaschutz und Protektionismus?“ Online-Bürgerdialog Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	Online	www.europa-union.de/buergerdialog/europa-wir-muessen-reden/veranstaltungen/210323-online-buergerdialog
> 24.03.2023 10.00–13.00 Uhr	„Single Access to Single Market – 30 Jahre EU-Binnenmarkt in Zeiten komplexer Herausforderungen“ Informationsveranstaltung	IHK Erfurt Arnstädter Straße 34 99096 Erfurt	https://een-thueringen.eu/veranstaltungen/detail-seite/30-jahre-eu-binnenmarkt/
> 27.03.2023 16.00 Uhr	„Gemeinsam für Chancengleichheit. Die EU-Kindergarantie als wirksames Instrument gegen Kinderarmut?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Save the Children	Europäische Kommission Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSenjnkH2EioaSGoGGZthE7t1t0ZcmZZKygl03UB9T_FjDlCg/viewform
> 29.03.2023 17.00–19.15 Uhr	„Wie funktioniert die Europäische Union?“ Workshop Veranstalter: JEF Sachsen und VHS Chemnitz	Volkshochschule Chemnitz Moritzstraße 20 09111 Chemnitz	www.europatermine.de/europa-termine/termin/28829
> 30.03.2023 13.00–14.30 Uhr	„Grüner Wandel in Europas Gebäuden – wie sozial und fair gestalten?“ Workshop Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäische Kommission Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://artecom.regasus.de/online/begin;jsessionid=QJoaUQ9wBB1puySE1pdUeVFeJQvm2p h7rL8209-Z.1541e7a00322

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ KURZFILM

Einen Auslandsaufenthalt finanzieren

Um junge Menschen auf diese vielfältigen Chancen im Ausland aufmerksam zu machen, setzt Eurodesk Deutschland vermehrt auf Videofilme. Der *Kurzfilm „So finanzierst du deinen Aufenthalt im Ausland“* verdeutlicht, dass ein Auslandsaufenthalt nicht teuer sein muss. Der Film informiert über Stipendien und Förderprogramme z.B. für Freiwilligendienste und Workcamps. Das Reiseangebot „DiscoverEU“ wird vorgestellt und die freiwillige Mitarbeit auf Biobauernhöfen (WWOOFen) als eine attraktive Variante von Work & Travel erläutert.

Die Zahl der Angebote an Auslandsaufenthalten für junge Menschen ist gestiegen. Aktuell finden sich über 250 freie Plätze im Last-Minute-Markt des europäischen Jugendinformationsnetzwerks Eurodesk, darunter Freiwilligendienste für sechs bis zwölf Monate oder internationale Workcamps für zwei bis drei Wochen in der Ferienzeit. Alle Angebote sind öffentlich gefördert und werden bezuschusst.

[Last-Minute-Markt](#)



© Shutterstock

■ EUROPÄISCHER BÜRGERPREIS 2023

Europäische Solidarität fördern

Auch in diesem Jahr verleiht das Europäische Parlament wieder den „Europäischen Bürgerpreis“ für Projekte, mit denen das gegenseitige Verständnis und die Integration in der EU gefördert werden. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf europäischer Solidarität. Gesucht werden Projekte, die das gegenseitige Verständnis und die engere Zusammenarbeit der Menschen in der EU, die grenzübergreifende Zusammenarbeit für die europäische Gesinnung sowie die Werte und Grundrechte der EU fördern. Vorschläge und Bewerbungen können bis zum 31. März 2023 eingereicht werden.

Alle 27 nationalen Gewinner des Bürgerpreises werden im Herbst zu einer zentralen Preisverleihung in Brüssel oder Straßburg eingeladen. [Gewinner des Bürgerpreises 2022](#) in Deutschland war die Organisation „ApplicAid“, die sich für das Thema Chancengleichheit in Förderprogrammen einsetzt.

[Europäischer Bürgerpreis](#)

■ EINDRÜCKLICHE REPORTAGEN

Jetzt für den Lorenzo-Natali-Medienpreis bewerben!

Bis zum 28. April können Journalistinnen und Journalisten online ihre Reportagen für den Lorenzo-Natali-Medienpreis einreichen. Der prestigeträchtige Preis der EU für Journalismus würdigt die Arbeit von Medienschaffenden aus der ganzen Welt, die die drängendsten globalen Herausforderungen beleuchten. Das umfasst eine breite Palette von Themen, etwa Ungleichheit, Beseitigung der Armut, nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz. Der Preis wurde 1992 ins Leben gerufen und ist benannt nach dem früheren Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Lorenzo Natali (Foto).

Es können schriftliche, audiovisuelle oder multimediale Arbeiten eingereicht werden. Die Preise sind jeweils mit 10.000 Euro dotiert. Der Gewinnerin oder dem Gewinner des Preises für die beste Nachwuchsjournalistin/den besten Nachwuchsjournalisten wird außerdem ein Praktikum bei einem Medienpartner angeboten.

[Lorenzo-Natali-Preis](#)

■ JETZT BEWERBEN

Praktikum beim Bürgerbeauftragten

Mit einem Praktikum in den Bereichen Medien und Kommunikation kann man die Arbeit des [Europäischen Bürgerbeauftragten](#) tagtäglich miterleben. Dessen Aufgabe besteht darin, Beschwerden über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der EU-Institutionen zu untersuchen und an die betreffende Stelle weiterzuleiten. Er kann eine gütliche Einigung vorschlagen oder Empfehlungen zur Lösung des Problems aussprechen.

Bis zum 24. März können sich Staatsangehörige aus EU-Ländern bewerben, die noch kein bezahltes Praktikum oder einen Arbeitsvertrag in einer europäischen Institution, Einrichtung oder Agentur absolviert haben. Für die Praktikantentätigkeit im Büro des Bürgerbeauftragten werden sehr gute Englischkenntnisse vorausgesetzt. Die Bewerbungen sind deshalb auf Englisch einzureichen.

[Praktikum 2023](#)



© European Union 2017